

Scientists for Future, Regionalgruppe Köln/Bonn

s4f.koelnbonn@all4f.org



Köln, 26.8.2021



Sehr geehrte Direktkandidatin, sehr geehrter Direktkandidat,

Sie kandidieren für ihre Partei bei der Bundestagswahl am 26. September in einem Wahlkreis der Region Köln-Bonn. Die Regionalgruppe der Scientists for Future (RG Köln-Bonn) möchte zur Transparenz bei der Bundestagswahl beitragen und schreibt daher alle Direktkandidatinnen und Direktkandidaten unserer Region an, mit der Bitte, Ihre politische Perspektive für die bevorstehende Legislaturperiode darzulegen.

Der menschengemachte Klimawandel und die enormen Auswirkungen der industrialisierten Gesellschaft auf die Lebensbedingungen auf unserem Planeten erfordern von allen Staaten, insbesondere aber von den Industriestaaten, ein Umsteuern. Die Verminderung der Treibhausgasemissionen und ein nachhaltiger Umgang mit den endlichen Ressourcen sind daher zentrale Wahlkampfthemen. Durch die Kritik des Bundesverfassungsgerichts am Klimaschutzgesetz der Bundesregierung wurde diese Notwendigkeit auf höchster juristischer Ebene bestätigt. Die daraufhin vorgenommenen Nachbesserungen durch die Bundesregierung führen zwar zu stringenteren Zielen, einen kurz- und mittelfristigen Umbau in den klimarelevanten Sektoren voranzutreiben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen beschrieben, wie diese Ziele erreicht werden können. Die Scientists for Future der Regionalgruppe Köln-Bonn interessieren sich sehr, welche gezielten Schritte Sie in der nächsten Legislaturperiode unternehmen werden, wenn Sie das angestrebte Direktmandat erhalten. Wir beabsichtigen, Ihre Erläuterungen auszuwerten und zu veröffentlichen, so dass die Wählerinnen und Wähler Gelegenheit bekommen, am 26. September 2021 eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bitten wir Sie, die hier aufgeführten Fragen so konkret wie möglich zu beantworten, um zwischen den Mitbewerbern vergleichbare Aussagen zu erhalten, die eine prospektive Überprüfung der Ziele ermöglichen. Bitte fokussieren Sie sich bei Ihren Angaben primär auf Parameter, die Sie auf Bundesebene verändern möchten, darüber hinaus können auch gerne Projekte mit klimapolitischer Relevanz aus Ihrem Wahlkreis skizziert werden. Als Orientierungspunkt sollten die im Folgenden genannten Sektoren dienen, zu denen im novellierten Klimaschutzgesetz verbindlich festgelegte Reduktionsziele definiert wurden. Wir gehen davon aus, dass neben technologischen Entwicklungen auch Suffizienzmaßnahmen erforderlich sind, die den Ressourcenverbrauch reduzieren werden. Bitte skizzieren Sie in jedem Fall die beabsichtigte Finanzierung (einschließlich Anpassung von Subventionen, Steuern), wenn Sie Ihre Ziele zu den einzelnen Sektoren beschreiben. Darüber hinaus kann das Vorgehen gerne kommentiert werden (z. B. Zielkonflikte, Synergieeffekte, vorhersehbare Umsetzungsprobleme, Akzeptanz der Bürger/innen, Sozialverträglichkeit, Lastenverteilung, -ausgleich).

Die Sektoren:

a) Energiewirtschaft (Emissionen im Jahr 2020: 221 Mio t CO₂-Äquivalent, Quelle: UBA).

Der Strombedarf könnte gemäß einer Analyse der Scientists for Future im Jahr im Jahr 2030 bei etwa 875 TWh liegen, wenn auch in den Bereichen Mobilität und Wärmeversorgung Elektrizität die primäre Energiequelle darstellt und der Einstieg in die Produktion von grünem Wasserstoff bereits stattgefunden hat (<https://doi.org/10.5281/zenodo.4409334>). Um diesen Energiebedarf zu decken, müssten jährlich 30 GW Photovoltaik und 9 GW Windenergie zusätzlich installiert werden. Dies bedeutet, dass der Ausbau um das ca. Dreifache für Windenergie und das Sechsfache für Photovoltaik erhöht werden müsste in Bezug auf die bisher gültigen Ausbaupläne.

Fragen:

1. Sollten Sie dieses Szenario nicht für realistisch halten, bitten wir Sie darzulegen, anhand welcher anderen Quellen Sie welchen anderen Bedarf für notwendig erachten.
2. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um den jährlich erforderlichen Ausbau im projektierten Zeitplan sicherzustellen? Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?
3. Wie sollen die notwendigen Investitionen der öffentlichen Hand finanziert werden?
4. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

b) Industrie (178 Mio t CO₂-Äquivalent)

Für die Erzeugung industrieller Güter werden große Mengen Treibhausgase freigesetzt, insbesondere bei der Herstellung von Zement, Stahl und chemischen Produkten. Diese Industriezweige beschäftigen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, und eine Verlagerung ins Ausland wäre auch aus klimapolitischer Perspektive keine Lösung. Eine Umstellung auf nachhaltigere Produktionsweisen sichert die Zukunft des Standortes Deutschland.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um die industrielle Produktion so zu transformieren, dass sie mit den Klimazielen von Paris kompatibel ist?
2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?
3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

c) Verkehr (146 Mio t CO₂-Äquivalent)

Neue integrierte Mobilitätskonzepte mit einem effizienten öffentlichen Nah- und Fernverkehr, einer gut ausgebauten Infrastruktur für sicheren Fuß- und Radverkehr und einer Priorisierung des Schienentransports beim Güterverkehr sind zentrale Bausteine einer nachhaltigen Verkehrswende.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie innerhalb der nächsten 4 Jahre die Infrastruktur auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene verbessern? Welche Bereiche haben für Sie Priorität? Wie wollen Sie die Spielräume für Kommunen, ihre eigenen Mobilitätsmaßnahmen zu entwickeln, vergrößern?

Fragen:

1. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?
2. Wie sollen die notwendigen Investitionen der Länder und Kommunen finanziert werden?
3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

d) Gebäudebereich (120 Mio t CO₂-Äquivalent)

Über 50% des Endenergieverbrauchs wird für die Wärmeversorgung von privaten Haushalten, Gewerbe- und Industrieanlagen benötigt, und zwar 50% für Raumwärme, 40% für Prozesswärme, 10% für Warmwasser. Obwohl technische Lösungen zur Effizienzsteigerung bestehen und entsprechende Förderprogramme aufgesetzt wurden, geht die Sanierung viel zu langsam voran, um die notwendigen CO₂-Einsparungen zu erreichen.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um die erforderlichen energetischen Sanierungsmaßnahmen im projektierten Zeitplan sicherzustellen?
2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?
3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

e) Landwirtschaft (66 Mio t CO₂-Äquivalent)

In der Landwirtschaft sind neben CO₂ Methan und Stickoxide bedeutende Treibhausgase, die bei Reduktionsmaßnahmen berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus gibt es vielschichtige ökologische Probleme, wie Artensterben, Bodenerosion, Pestizid- und Nitratbelastung. Die Kombination von zunehmender Trockenheit, Extremwetterereignissen und den ökologischen Problemen wird national und global zu gravierenden Ernteaufschlägen führen. Hinzu kommen Waldschäden in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Gleichzeitig bieten Land- und Forstwirtschaft zumindest theoretisch Potenzial, Kohlenstoff zu binden und somit anderweitige Emissionen zu kompensieren.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren initiiert werden, um eine ökologisch nachhaltige Land- und Forstwirtschaft bis 2030 zu erreichen?
2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich?
3. Wie soll der Umbau der Land- und Forstwirtschaft finanziert werden?
4. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

Die Beantwortung der Fragen mag auf den ersten Blick umfangreich erscheinen, wir sind aber der Überzeugung, dass Sie sich persönlich und innerhalb Ihrer Partei bereits intensiv mit den genannten Problemen beschäftigt haben und mit ihrer persönlichen und parteiintern abrufbaren Kompetenz die angesprochenen Punkte beantworten können. Sollten Sie Fragen haben, können Sie uns gerne kontaktieren.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung bis zum 2. August 2021.

Mit freundlichem Gruß

Stephan Mertens

(Scientists for Future Regionalgruppe Köln-Bonn)